

Laibacher Zeitung.

Nr. 34.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Samstag, 11. Februar.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen per Zeile 8 kr.

1882.

Amtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Februar d. J. dem Ministerialrath im Finanzministerium Georg Walach in Anerkennung seiner vorzüglichen Dienstleistung tag- und nachtraglich das Ritterkreuz des Leopold-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. Jänner d. J. dem Statthalterrathe Gregor Ritter Smolárz von Dobiaschowski in Prag in Anerkennung seiner vielfährigen treuen und vorzüglichen Dienstleistung das Ritterkreuz des Leopold-Ordens mit Rücksicht der Taten allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 2. Februar d. J. dem Dr. der Medicin und Chirurgie Anton Voew in Wien in Anerkennung seines zugunsten des Heeres in der k. k. Landwehr bethätigten patriotischen und humanitären Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. Jänner d. J. den mit dem Titel eines außerordentlichen Universitätsprofessors ausgezeichneten Privatdocenten Dr. Ernst Böhrer zum unbesoldeten außerordentlichen Professor der Geburtshilfe und Gynäkologie an der Universität in Graz allergnädigst zu ernennen geruht.

Conrad-Eybesfeld m. p.

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie der „Observatore Triestino“ meldet, zum Ausbaue der Pfarrkirche von Rocotole im Bezirke von Parenzo 200 fl. und, wie das ungarische Amtsblatt meldet, für die griechisch-katholische Gemeinde Naghyloos und für die römisch-katholische Gemeinde Szliczó je 100 fl. zu spenden geruht.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie der „Vote für Tirol und Vorarlberg“ meldet, den durch eine Feuersbrunst verunglückten Inhabern der Gemeinde Albiano 300 fl. und den Feuerwehren in Ried und Petttau je 80 fl. zu spenden geruht.

Feuilleton.

„Die lustigen Weiber von Windsor“.

Romisch-phantastische Oper in 3 Acten. Nach Shakespeares gleichnamigem Lustspiel von Dr. S. H. Mosenthal. Musik von Otto Nicolai. (Aufgeführt am 8. und 9. Februar d. J.)

Die Oper „Die lustigen Weiber“ gehört zu den beliebtesten der deutschen, feinsten Opern und behauptet zur Zeit noch mit ungeschwächter Anziehungskraft ihren Platz auf fast allen deutschen Bühnen. Ihr Componist, der leider schon so frühzeitig verstorbene Nicolai, ein geborner Königsberger, brachte „Die lustigen Weiber“ in Berlin am 9. März 1849 zur ersten Aufführung. Nicolai besetzte damals daselbst die Stelle eines Hofkapellmeisters und hatte eben erst „Die lustigen Weiber“ vollendet, mit welcher Lieblingsidee er sich jahrelang beschäftigt hatte, denn den Plan, Shakespeares Lustspiel in eine Oper umzuwandeln, hatte Nicolai bereits in Italien gefaßt, von wo er bekanntlich 1841 als Hofkapellmeister nach Wien kam. Im Vereine mit dem fruchtbarsten Dichter und Schriftsteller Mosenthal, welchen Nicolai für sein Werk gewonnen hatte, schuf er nun in Wien die großartige, an lieblichen Arien so reiche Spieloper „Die lustigen Weiber“ und damit zugleich sein letztes Werk, indem Nicolai schon wenige Wochen nach der ersten Aufführung dieser Oper, am

Der Entwurf des Finanzgesetzes

lautet:

„Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrathes finde ich anzuordnen wie folgt:

Artikel I. Die gesammten Staatsausgaben für das Jahr 1882 werden auf die Summe von 462.530,649 Gulden österr. Währ. festgesetzt.

Artikel II. Die besondere Verwendung und die für die einzelnen Zweige der Verwaltung bewilligten Etatssummen enthält der erste Theil des nachfolgenden Staatsvoranschlages. Die nach den einzelnen Capiteln, Titeln und Paragraphen dieses Staatsvoranschlages bewilligten Credite dürfen nur zu den in den bezüglichen Capiteln, Titeln und Paragraphen bezeichneten Zwecken, und zwar gesondert für das ordentliche und außerordentliche Erfordernis, verwendet werden.

Artikel III. Zur Bestreitung der im Artikel I bewilligten Staatsausgaben werden die im zweiten Theile des nachfolgenden Staatsvoranschlages mit der Summe von 428.744,972 fl. ö. W. festgesetzten Einnahmen der directen Steuern und indirecten Abgaben und der sonstigen Einnahmzweige des Staates bestimmt.

Artikel IV. Zur Erreichung der im Artikel III festgesetzten Summe der Staatseinnahmen sind die directen Steuern und indirecten Abgaben im allgemeinen nach den bestehenden Normen einzuhoben. Bei der Erwerbsteuer und bei der Einkommensteuer ist nebst dem Ordinarium ein außerordentlicher Zuschlag in der Höhe des Ordinariums einzuhoben. Von jenen Steuerpflichtigen, deren Gesamtsteuer-Schuldigkeit an Erwerb- und Einkommensteuer erster Klasse oder an Einkommensteuer zweiter Klasse im Ordinarium den Betrag von 30 fl. ö. W. nicht übersteigt, ist der außerordentliche Zuschlag nur in der Höhe von sieben Behntheilen des Ordinariums einzuhoben.

Artikel V. Für die im Laufe des Jahres 1882 zur Rückzahlung fällig werdenden Kapitalien der allgemeinen Staatsschuld können, in Ausführung des § 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1867 (R. G. Bl. Nr. 3 ex 1868), Obligationen der durch das Gesetz vom 20. Juni 1868 (R. G. Bl. Nr. 66) creirten, nicht rückzahlbaren einheitlichen Staatsschuld, und zwar in demjenigen Betrage ausgegeben werden, welcher erforderlich erscheint, damit durch die Veräußerung derselben die zur Rückzahlung jener Kapitalien nothwendigen Geldmittel beschafft werden. Für Rechnung dieser Kapitalstilgung sind sofort Obligationen der in Noten verzinslichen Schuld im Betrage von 15.283,500

Gulden und der in Silber verzinslichen Schuld im Betrage von 584,200 fl. auszufertigen und dem Finanzminister zu übergeben.

Artikel VI. Die für das Jahr 1882 zur Ausgabe bewilligten, mit Ablauf desselben entweder gar nicht oder doch nicht vollständig verwendeten Beträge, jedoch mit Ausnahme der Credite des Zollgefälles (Capitel 13), dann der Credite für Gefällesrückgaben bei der Brantwein-, Bier- und Rübenzucker-Erzeugung, welche mit Schluß des Jahres erlöschen, können auch noch bis 31. März des Jahres 1883 zu den in dem gegenwärtigen Finanzgesetze vorgesehenen Zwecken und innerhalb der durch dasselbe festgesetzten Ansätze verwendet werden; doch sind die diesfälligen Leistungen in der Jahresrechnung dem Dienste des Vorjahres zur Last zu schreiben. Die Bewilligung der auch in den ersten drei Monaten des Jahres 1883 nicht zur Verwendung gelangten Beträge erlischt jedoch mit dem letzten März 1883. Ausgenommen von dieser Bestimmung sind jene Beträge, welche zur Bedeckung stehender Bezüge, wie Gehalte, Pensionen etc., oder zur Erfüllung solcher Leistungen bestimmt sind, die sich auch auf einen gültigen Rechtstitel gründen, wie Zinsen der Staatsschuld etc.; diese Beträge können bis zum Ablaufe der Verjährungsfrist in Anspruch genommen werden. Desgleichen sind von der obigen Bestimmung jene Credite ausgenommen, für welche im ersten Theile des nachfolgenden Voranschlages die Verwendungsdauer bis Ende März 1884 eingeräumt ist; dieselben sind jedoch, insoweit sie nicht im Jahre 1882 zur Verwendung gelangen, so zu behandeln, als wenn sie im Voranschlage des Jahres 1883 bewilligt worden wären, und daher auch für den Dienst dieses letzten Jahres zu verrechnen. Eine Verrechnung von Einnahmen für den Dienst des Vorjahres hat bei dem Zollgefälle (Capitel 19), bei der Verzehrungssteuer von der Brantweinerzeugung, bei der Verzehrungssteuer von der Biererzeugung, dann bei der Verbrauchsabgabe von der Rübenzucker-Erzeugung nicht stattzufinden.

Artikel VII. Der Finanzminister wird ermächtigt, während des Jahres 1882 Objecte des unbeweglichen Staatseigenthums, deren Schätzungswert für jedes einzelne den Betrag von 25,000 fl. nicht übersteigt, bis zum Gesamtwerte von 300,000 fl. ohne vorausgegangene specielle Zustimmung des Reichsrathes gegen bloße nachträgliche Rechtfertigung zu veräußern. Der Finanzminister ist ferner gegen nachträgliche Rechtfertigung ermächtigt, während des Jahres 1882 den im Nutzgenusse von Staatseisenbahnen stehenden Gesellschaften die Bewilligung zum Verkaufe von entbehrlichen Staatseisenbahn-Grundstücken gegen angemessene

11. Mai 1849, aus diesem Leben abgerufen wurde. Ein Schlagfluß endete seine irdische Laufbahn, nachdem er noch so glücklich gewesen, den sich bei jeder Vorstellung steigenden Erfolg seiner „lustigen Weiber“ zu erleben. Nicolai, am 9. Juni 1810 geboren, war erst 39 Jahre alt, und es erscheint sein früher Tod als ein beklagenswerter Verlust für die Kunst.

* * *

Wie es nach der neulichen ersten Aufführung constatirt ward, erfreuten sich „Die lustigen Weiber“ einer günstigen Aufnahme und eines guten Erfolges, indem die Besetzung der Hauptpartien durch unsere ersten Opernkünstler eine zufriedenstellende sein konnte. Die Besetzung der Nebenpartien war minder gut gelungen und hätte sich diese leicht passender bewerkstelligen lassen. Bei den hiesigen Bühnenverhältnissen, wo der rasche Wechsel an der Tagesordnung ist, und wo derselbe Kapellmeister die Oper und Operette leitet, scheint es geboten, einen minder strengen Maßstab an Opernaufführungen anzulegen, zudem es in der Regel auch an der nöthigen Anzahl Proben gebricht, deshalb macht beinahe jede erste Opernaufführung den Eindruck einer Generalprobe, die nöthige Sicherheit und Ruhe — vornehmlich im Ensemble — tritt erst bei der zweiten Aufführung ein, sowie dies jüngst bei „Margarethe“ der Fall war, von welcher Oper ebenfalls die zweite und dritte Aufführung einen viel gerundeteren Eindruck als die erste hervorbrachten.

In den „lustigen Weibern“ — um auf diese zurückzukommen — hatten die Trägerinnen und die Träger der Hauptpartien alle Mühe und vielen Fleiß daran gesetzt, ihrer Aufgabe gerecht zu werden, was

denselben auch insgesammt gelang. Unsere jugendliche Primadonna, Fräulein Fischer (Frau Fluth), war sehr gut bei Stimme und gefellte erfreulicherweise ihrem correcten Gesange ein lebhaftes Spiel zu; insbesondere brachte das Fräulein, in deren Stimmlage diese Partie ganz vorzüglich liegt, die große Coloraturarie in As-dur (im ersten Acte) sehr rein und geschmackvoll zum Vortrage. Sehr gut war auch das muntere Duett der beiden Damen Fischer und Bruck im ersten Acte, für welches sie vielen Beifall ernteten. Fräulein Bruck, unsere geschätzte Altistin, gab die „Liebe“ Freundin der Frau Fluth, die stets zu Scherz und Neckerei bereite „Frau Reich“, mit vieler Routine; der Glanzpunkt ihrer vorzüglichen Leistung war der ausdrucksvolle Vortrag der schönen „Ballade“ vom „Jäger Herne“ (in E-moll), eine der dankbarsten Compositionen für eine Altistin.

Herr Unger, der „Die lustigen Weiber“ zu seinem Benefiz gewählt hatte, war ein prächtiger „Falstaff“ und sang und spielte voll Laune, insbesondere gilt dies von den köstlichen Scenen mit den schelmischen Frauen „Fluth“ und „Reich“ und der lustigen Scene im Gasthause, wo sich „Falstaff“ als flotter Trinker zeigt. Das prächtige Lied „Als Knäblein klein an der Mutterbrust“ verschaffte Herrn Unger Gelegenheit, seine sympathische Stimme zur vollsten Geltung zu bringen; sehr gelungen war auch das Terzett im dritten Acte (Falstaff, Frau Fluth, Frau Reich). Viel Heiterkeit erregte Herr Unger in der Verkleidung als Dame, die „Elfenzene“ (im dritten Acte) hingegen fiel ab, indem sie mehr „komisch“ als „phantastisch“ in Scene gesetzt war. Die die Elfen darstellenden Kinder zeigten sich ihrer Aufgabe durchaus nicht ge-

* Wegen dieses Librettos ward Mosenthal, nebstbei erwähnt, in einen langwierigen Proceß verwickelt.

Entschädigung des Staatsschatzes für das Aufgeben des Eigentumsrechtes, und zwar auch in jenen Fällen zu ertheilen, in welchen der Schätzwert des einzelnen Verkaufsobjectes den Betrag von 25,000 fl. übersteigt.

Artikel VIII. Für die Bedeckung des Abganges, welcher sich, wenn den Gesamteinnahmen von 462.530,649 fl. die Gesamteinnahmen von 428.744,972 Gulden entgegengesetzt werden, mit 33.785,677 fl. ergibt, ist durch ein besonderes Gesetz Vorkehrung zu treffen.

Artikel IX. Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes wird der Finanzminister beauftragt."

Reichsrath.

53. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 9. Februar.

Se. Excellenz der Herr Präsident Graf Trauttmansdorff eröffnet um 11 Uhr 20 Minuten die Sitzung.

Auf der Ministerbank: Se. Excellenz der Herr Ministerpräsident und Leiter des Ministeriums des Innern Graf Taaffe, Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Freiherr von Biernikowski, Graf Falkenhayn, Dr. Pražák, Freiherr von Conrad-Ehresfeld und Dr. Ritter v. Dunajewski.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sectionsrath Dr. Ritter von David.

Der Herr Ministerpräsident theilt in einer Zuschrift das Ableben des lebenslänglichen Mitgliedes Hofrathes Freiherrn von Burg mit.

Präsident: Meine verehrten Herren! Lebhaft, aufrichtige Betrübnis erfüllt uns alle bei dem Verluste eines so allseitig beliebten Mitgliedes, wie es der verehrte Hofrath Baron Burg gewesen. Durch eigenes Verdienst, durch eigenes Wissen und Streben hat sich Baron Burg auf dem Felde wissenschaftlicher Thätigkeit einen Wirkungskreis geschaffen, innerhalb dessen es ihm gelungen war, sich bleibende Verdienste zu erwerben. Wie ihm in allen Kreisen, in denen er gewirkt, ein ehrenvolles Denkmal gewidmet ist, so ist es auch unter uns der Fall, wo er so zahlreiche Beweise ersprießlichen Strebens und wahrhaft seltener Pflichttreue gegeben hat. Dieses ehrende Andenken und das Gefühl der Trauer, welches uns beseelt, wollen wir durch Erheben von den Sitzen zum Ausdruck bringen. (Das Haus erhebt sich.)

Das erbliche Mitglied Graf Franz Thun ist im Hause erschienen und leistet die Angelobung.

Nach Mittheilung der Einläufe schreitet das Haus zur Tagesordnung.

Der Herr Referent der Unterrichtskommission, Dr. Unger, erstattet den Bericht über das vom Abgeordnetenhaus angenommene Gesetz, betreffend die k. k. Karl-Ferdinands-Universität in Prag.

Als Referent der Minorität nimmt das Wort Graf Schönborn. Er geht zuerst auf die Genese des Antrages zurück, derselbe sei, mit Ausnahme einer textuellen Aenderung, mit dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses identisch. Dieser wurde in einem Ausschusse gefaßt, in welchem Vertreter aller Parteien, alle Elemente versammelt waren, von denen man voraussetzen konnte, daß die Sache reiflich erwogen werde. Wenn dort ein einstimmiges Votum zustande kam, so wird man anerkennen müssen, daß dasselbe keiner politischen Ueberzeugung, keinem nationalen Gefühle präjudiciert. Das sollte das hohe Haus sich vor

wachsen und machten es Herrn Unger durch ihre maschinenmäßigen Bewegungen unmöglich, diese Scene lebendig und wirkungsvoll zu gestalten. Der dritte Act ist überhaupt — auch was die Composition betrifft — der schwächste und reicht an die musikalischen Schönheiten namentlich des ersten nicht heran.

Herr Buzzatto (Herr Fluth) schuf auch mit dieser Figur, die im allgemeinen seiner Eigenart weniger zulaßt, eine sehr gute Leistung, sowohl in gefanglicher Beziehung als auch, was sein charakteristisches Spiel betrifft, welches letztere insbesondere alles Lob verdient, in der Scene mit „Falstaff“, wo er als Lord auftritt und mit diesem das hübsche Duett zu singen hat, das gleichfalls viel Beifall fand.

Herr Erl (Fenton), der leider am ersten Abend nicht gut disponiert war, sang, wie immer, dem Publicum zu Dank und brachte mit allem Wohlklang seines herrlichen Organs seine reizenden Arien und die Romanze „Horch, die Lerche singt im Hain“ zu bester Geltung, seine Partnerin Anna, Fräulein v. Sonnleithner, zeigte sich ihrer Partie nicht völlig gewachsen, ihr weniggleich anmuthiges, aber noch wenig geschultes Organ sollte sich an derartige Aufgaben noch nicht wagen; speciell die „Anna“ erfordert, beispielsweise im Duett mit „Fenton“, eine viel größere Stimme, als sie Fräulein v. Sonnleithner besitzt. Die Chöre waren etwas schwach, vornehmlich der „Eisenchor“, der bloß von vier Damen gesungen ward. Im großen und ganzen jedoch giengen „Die lustigen Weiber“ unter des Dirigenten Herrn Wahlers Leitung exact und zufriedenstellend.

Augen halten. Es ist dies ein Beweis, daß es An gelegenheiten gibt, die ihrer Natur nach nationale Leidenschaften zu erregen geeignet wären, in Oesterreich aber noch immer auf dem gemeinsamen Boden des Friedens und der Versöhnung berathen werden können. (Bravo! Bravo!) Daran ändert auch der Umstand nichts, daß der im Ausschusse des Abgeordnetenhauses geschlossene Compromiß in letzter Stunde nicht perfect wurde. Allerdings — sagt Redner weiter — ist der Beschluß des Abgeordnetenhauses nicht unser Ideal, erfüllt nicht alle Wünsche, die wir für unsere Universität hegen, allein wir berücksichtigen den Umstand, daß die Sache bereits lange Zeit in Berathung steht, die Gemüther erregt hat, und daß es schon deshalb wünschenswert ist, für dieselbe einen Abschluß zu finden. Diesen erblicken wir im Antrage der Minorität. Der Standpunkt der Minorität läßt sich in dem Gedanken zusammenfassen, daß das, was bisher an Einer Universität geschah, nunmehr an zweien geschehe; wir wollen daher auch selbstverständlich, daß die neue Universität die Nachfolgerin auch in die Pflichten der bisherigen Universität sei, und halten es daher für begründet, daß sie derselben auch in ihren Rechten nachfolge.

Der Präsident gibt bekannt, daß sich für die Generaldebatte folgende Redner zum Worte gemeldet haben, und zwar für die Anträge der Unterrichtscommission: Freiherr von Tomaschek, Ritter von Hasner und Fürst Schönburg; gegen dieselben: Graf Belcredi, Professor Dr. Randa, Ritter von Miklosich und Freiherr von Helfert.

Freiherr v. Tomaschek wirft einen Rückblick auf die Verhältnisse der Universitäten vor der dualistischen Gestaltung des Reiches und betont, daß mit derselben die nationale Einrichtung der Universitäten in Pest und Agram gefolgt und daß später ebenso in Galizien die Polonisierung der Universität in Lemberg erfolgt sei. In den übrigen Ländern der Westhälfte des Reiches habe diesmal eine Aenderung nicht platzgegriffen, nur ein Zuwachs sei mit der Errichtung der Universität in Czernowitz erfolgt. Daß aber auch in Böhmen das Bedürfnis nach einer Universität mit slavischer Unterrichtssprache gefühlt wurde, sei begreiflich. Der Anspruch auf Errichtung von böhmischen Lehranstalten gründe sich auf den Artikel 19 der Staatsgrundgesetze, und die Erfüllung derselben sei eine Forderung der Billigkeit. Die slavische Literatur sei so weit vorgeschritten, daß man getrost auf eine geistliche Entwicklung einer böhmischen Universität hoffen könne. Redner bespricht hierauf in eingehender Weise den Standpunkt, welchen die Majorität der Unterrichtscommission eingenommen, und billigt vollständig den Beschluß auf Errichtung einer neuen selbständigen böhmischen Universität. Der Kostenpunkt falle allerdings schwer ins Gewicht, da zu den bisherigen jährlichen Kosten der Prager Universität von nahezu einer halben Million, abgesehen von den Einrichtungskosten, die gleiche stehende Ausgabe kommen werde; allein die Commission sei vor dieser Ausgabe nicht zurückgeschreckt, weil sie die neue böhmische Universität auf eigene Füße stellen wolle und ihr eine lebensfähige Organisation zu geben wünsche. Auch der beantragten Lösung der vermögensrechtlichen Ansprüche schließt sich Redner an und ersucht das Haus, den vorliegenden Entwurf der Unterrichtscommission zum Gegenstande der Specialdebatte zu machen.

Als Redner für die Anträge der Majorität der Commission hat sich noch Professor R. v. Hoefler gemeldet.

Graf Belcredi, welcher hierauf das Wort gegen die Anträge der Majorität der Unterrichtscommission ergreift, bedauert, daß selbst die Liebe zur Wissenschaft die nationale Zwietracht nicht zu bannen vermöge, daß nicht der Weg des einverständlichen Vorwärtsgehens, sondern der Weg der Trennung gewählt werde. Die Lösung der vorliegenden Frage sei schwierig, aber eine Lösung müsse gesucht werden. Redner gibt hierauf einen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung der Prager Universität, bespricht dann die vermögensrechtliche Frage sowie die sprachlich-nationalen Momente und sucht die Ergebnisse seiner historischen Studie auf die Vorlage der Majorität des Unterrichtsausschusses anzuwenden. Redner schildert hierauf in eingehender Weise die seit der im Jahre 1348 erfolgten Gründung der Prager Universität stattgefundenen Wandlungen in den Verhältnissen derselben, insbesondere die gegründeten Stiftungen und die 1654 erfolgte Vereinigung des Carolineums mit dem Ferdinandeum. Er betont dabei, daß die Gründung, wie von Kaiser Ferdinand III. feierlich proclamirt worden, „zum Besten des Landes“ erfolgt sei. Redner geht von diesen historischen Erörterungen sofort zur Besprechung der vermögensrechtlichen Seite der Frage über. Er bestreitet zunächst den Standpunkt der Regierungsvorlage sowie den des akademischen Senates, daß es sich um ein Corporationsvermögen handle, also um ein Eigentumsrecht, das selbst im Wege der Gesetzgebung nicht angegriffen werden dürfe. Es seien der Begriff der Corporation und ihre Rechtsansprüche in diesem Falle eine reine Fiktion, die er nicht billigen könne. Das Vermögen sei an die Universität gebunden, und der Rechtsträger

desselben sei der Wille des Stifter. Die Universität sei eine Staatsanstalt mit einer bestimmten Organisation, deren Aenderung jederzeit der gesetzgebenden Gewalt vorbehalten worden sei. Es gehe nicht an, das Recht des Staates auf eine von ihm selbst geschaffene Institution im Wege einer Fiktion zu übertragen. Die Universität bleibe Staatsanstalt, und ihr Vermögen bleibe eine dem Staate zur Verfügung gestellte Stiftung. Dem Staate als solchem und keiner anderen Corporation steht das Recht zu, im Sinne des Stifter über das Universitätsvermögen zu verfügen. Redner kennt keine Gesetze oder Privilegien, welche der Universität, respective der akademischen Behörde das Eigentumsrecht auf das Vermögen der Universität zuerkennt. Niemals sei ein Verfügungsrecht dem Senate mit dem Vermögen eingeräumt worden. Es sei Staatsvermögen geblieben. (Beifall rechts.)

Inbetreff der sprachlichen Gleichberechtigung erklärt Redner, daß die ursprüngliche Unterrichtssprache an der Prager Universität für alle Böhmen die lateinische gewesen und erst später die deutsche versuchsweise eingeführt worden sei. Die Entwicklung auf dieser Bahn sei eine sehr rasche gewesen, die gerufenen Geister sei man nicht mehr los geworden. (Heiterkeit rechts.) Aber dasselbe Recht bestehe für die böhmische Unterrichtssprache, wenn man nicht ein Monopol für die Deutschen schaffen wolle. (Beifall rechts.) Die Majoritätsanträge der Commission seien sowohl in vermögensrechtlicher als auch in sprachlicher Beziehung auf sehr schwankender Basis aufgebaut; die Majorität stütze sich fortwährend darauf, daß die bestehende Universität geschützt werden müsse. Nun bestehe aber seit mehr als 100 Jahren bereits zwischen deutschen und böhmischen Lehranstalten an dieser Universität die volle Parität, die vollen gleichen Ansprüche an dieselbe Universität. Wie reimte sich dies mit dem Antrage auf Gründung zweier vollständig neuen Universitäten zusammen? Wer könne die Böhmen hindern, zu erklären, die „bestehende“ Universität sei die böhmische? (Heiterkeit.) Was den Deutschen recht, sei den Böhmen billig; denn beide Parteien seien an der Universität gleichberechtigt. Die Commission habe mit dem Standpunkte der Trennung die Gegensätze verschärft, indem sie die Böhmen von der Stätte ihrer geschichtlichen Erinnerung verwies und sie deutschen Professoren allein einräumte. Es werde dies nur zur vollständigsten Verbitterung und Isolierung führen; man werde an der deutschen Anstalt kein böhmisches Wort und an der böhmischen kein deutsches Wort hören. Angesichts dessen sei die vorgeschlagene Resolution auf Ablegung der Staatsprüfungen in deutscher Sprache ihm nicht verständlich. So lange man in den Mittelschulen in böhmischer Sprache lehre und lerne, sei es eine Grausamkeit (Bravo! rechts), von den Studierenden der böhmischen Universität die Ablegung der Staatsprüfung in deutscher Sprache zu begehren. Man könne die Lösung dieser Frage getrost jener Zukunft überlassen, wo im Wege einer allgemeinen friedlichen Verständigung der Nationalitäten es möglich sein wird, die Folgen des Art. 19 der Verfassung zu paralysiren und die reformierende Hand an dieses Grundübel der Verfassung zu legen. (Lebhafter Beifall und Handclatschen rechts.)

Ritter von Hasner will auf die Rechtsdeductionen des Vorredners, namentlich über den Begriff der Corporation, nicht eingehen. Ihm ist vor allem die Frage maßgebend, ob das Vermögen ein Corporationsvermögen oder Staatsvermögen sei. Eine rechte Wärme für den vorliegenden Gegenstand sei nirgends zu finden, denn die Minorität erklärte, daß ihr Antrag nicht ihrem Ideal entspreche, und auch die Majorität sei für ihren Antrag nicht begeistert; die letztere wolle vielmehr einem Zustande ein Ende machen, der auf die Länge der Zeit nicht haltbar sei. Schließlich könne man aber dem böhmischen Volke nicht stets mit einer bloßen Negation entgegentreten. Zur Sache übergehend, glaubt Redner, daß die nationale Richtung der Jetztzeit für Oesterreich kein Glück sei. Um die nationale Ehre handle es hier gar nicht, denn diese könne doch nicht an die bloße Existenz einer Universität, sondern höchstens nur an deren Leistungen geknüpft sein. Noch zu Zeiten Schillers und Goethes war die Unterrichtssprache an den meisten Universitäten die lateinische, und weder die deutsche noch die böhmische Nation erblickte darin eine Kränkung. Die wissenschaftliche böhmische Literatur sei noch sehr wenig entwickelt, ja man müsse sogar, ohne an der Begabung der böhmischen Nation zu zweifeln, Bedenken hegen, ob sie imstande sein werde, sich eine solche Literatur auch nur mit der Zeit zu schaffen. Redner befürchtet, daß die Prager Universität zu einer Hochschule zweiten Ranges herabsinken könnte. Die Sprachenfrage anlangend, glaubt Redner, daß es mit der Prüfung in deutscher Sprache eine mißliche Sache sei; denn eine Sprache lerne man doch nur im Leben, im Verkehr und nicht in der Schule, und der Prüfungscommissär müsse doch immer erwägen, daß er nicht Sprach-, sondern Fachlehrer sei. Redner polemisiert gegen die Ausführungen des Grafen Belcredi und schließt mit dem Wunsche, daß man nicht dereinst sagen möge, das Herrenhaus habe in einer so wichtigen Frage der nöthigen Weisheit und Voraussicht entbehrt. (Bravo! links.)

Professor Dr. Nanda bedauert, daß der Vorredner, der doch Vertreter einer utraquistischen Anstalt sei, sich lediglich auf den Standpunkt einer Partei, den der deutschen Opposition, gestellt habe. Dieser Standpunkt sei leider auch derjenige der Ausschussmajorität; er setze jede geschichtliche Continuität dem Ausspruch hintan, daß die bestehende Prager Universität eine deutsche sei und als solche intact erhalten werden müsse. Das sei aber nicht richtig, und die diesbezügliche Behauptung des akademischen Senates sei um so bedauerlicher, als derselbe wissen mußte, daß seit langer Zeit eine Anzahl böhmischer Lehrlangeln besteht, die sich der vollen Gleichberechtigung erfreuen. Der Charakter der Anstalt sei ein utraquistischer und das Recht der böhmischen Nation auf die gleichberechtigte Mitbenützung der Anstalt unbestreitbar. Redner verweist auf die bereits vom Grafen Belcredi behaupteten historischen Verhältnisse der Prager Universität und sucht an der Hand der betreffenden Urkunden den utraquistischen Charakter der Prager Hochschule darzulegen. Nach dem Willen und im Sinne des Stifter dürfte dieser historische Charakter derselben nicht einseitig umgestaltet werden; es gelte hier für beide Nationalitäten dasselbe Recht. Inbetreff der böhmischen Unterrichtssprache wendet sich Redner gegen die allgemeine Einleitung des Majoritätsberichtes, welche behauptet, daß die böhmische Literatur aus sich selbst heraus noch nicht jene Grundlage geschaffen habe, welche in selbstschöpferischer Weise auf eigener Forschung und Lehre beruhe und ein ersprießliches Wirken einer böhmischen Universität voraussetze. Er betont, daß diese Grundlage vollständig vorhanden sei, daß die wirkenden Kräfte aber bisher an die deutsche Autorsprache gebunden waren, und daß sich dies mit einem Schläge ändern werde, sobald für die böhmischen Professoren die bisherigen Fesseln des Büchermarktes beseitigt sein werden. Redner ersucht schließlich das Haus, dem Minoritätsantrage beizupflichten.

Auf Antrag des Fürsten Adolf Auerperg wird die Berathung abgebrochen und auf Vorschlag des Präsidenten die Fortsetzung der Berathung für heute 7 Uhr abends anberaumt.

Schluß der Sitzung 3 Uhr 45 Minuten.

Verhaftungen in Galizien.

Man schreibt der „Pol. Corr.“ aus Lemberg unterm 6. Februar: Ueber den äußeren Hergang bei den Verhaftungen, welche am 4. d. M. hier und in mehreren anderen galizischen Städten vorgenommen wurden, ist Folgendes zu berichten: Anlässlich der Smiliczki-Affaire erhielt die Lemberger Polizei die Anzeige, daß bei der hier wohnhaften, verheiratheten Tochter des Hofrathes Dobrzanski, Frau Hubar, politische Zusammenkünfte stattfinden und daß bei derselben wichtige, politische Documente zu falsieren wären. Infolge dieser Anzeige wurde seitens der hiesigen Polizei bei der Genannten eine Hausdurchsuchung vorgenommen, welche die Richtigkeit der angeführten Umstände ergab und zur Beschlagnahme einer Correspondenz so belangreicher Natur führte, daß die Polizei sich veranlaßt sah, dieselbe sofort an die Statthalterei zu leiten, welche ihrerseits die falsierten Schriftstücke unverweilt der Staatsanwaltschaft abtrat. Dies geschah Freitag, den 3. d. M., mittags. Die Staatsanwaltschaft veranlaßte augenblicklich den Zusammentritt des Gerichtsenates zur Provocierung eines gerichtlichen Beschlusses und nach einstündiger Berathung verfügte letzterer die schleunige Verhaftung aller durch die falsierte Correspondenz als compromittiert erscheinenden Persönlichkeiten. Es wurde Befehl ertheilt, diese Verhaftungen hier und in allen anderen Städten (Stanislaw, Kolomea, Czernowitz u. s. w.) gleichzeitig vorzunehmen, weshalb dieselben insgesamt vorgestern, den 4. d. M., ins Werk gesetzt wurden.

Vom Insurrections-Schauplatze.

(Officiell.)

Das Generalcommando Sarajevo meldet unterm 8. Februar, 1 Uhr nachmittags, nachstehende Verluste: Am 5. Februar bei Foča vom 1. Infanterieregiment schwer verwundet: Infanterist Eduard Pähler; vom 75. Infanterieregiment schwer verwundet: Zugführer Martin Hauser und Infanterist Johann Kronse; leicht verwundet: Infanterist Heinrich Nagl.

Vom Ausland.

Die „Agenzia Stefani“ wendet sich in officiöser Weise gegen die Meldungen auswärtiger Blätter, welche die Mittheilung brachten, daß die italienischen Consularberichte die Situation in Bosnien und in der Herzegowina als sehr ernst darstellen. Indem die „Agenzia Stefani“ sich für autorisirt erachtet, zu erklären, daß derlei italienische Consularberichte nicht vorliegen, bezeichnet sie so geartete Insinuationen als darauf gerichtet, das gute Einvernehmen zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn zu stören.

Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ vom 9. d. M. sagt mit Bezugnahme auf die Berliner Correspondenz des „Golos“ wegen des im Frühjahr

1881 angeblich bestandenen und durch die Danziger Entreeue zerstörten Planes des Fürsten Bismarck, Rußland Polen, Libau und Riga abzunehmen: „Wir bemerken unlängst mit aufrichtiger Befriedigung, daß der „Golos“ auf eine friedliche Sprache zurückgekommen war; es überrascht uns deshalb einigermaßen, zu sehen, daß derselbe sich neuerdings auf das Gebiet einer phantastischen Zeitungs-politik begeben hat. Wir begnügen uns, diese Thatsache zu constatieren, ohne dieselbe einer Kritik zu unterziehen.“

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde am 8. d. M. die vorläufige Generaldebatte über die kirchenpolitische Vorlage beendet und letztere an eine besondere Commission gewiesen. Wie die verschiedenen Parteien des Hauses in der Debatte sich durch ihre besten Redner vertreten ließen, so bekundete auch die deutsche Presse ihr Interesse an derselben durch die ausführlichste Wiedergabe. Gestern sprach zuerst Professor Virchow im Namen der Fortschrittspartei. Er gestand zu, daß in der Ausführung der Kirchengesetze auf dem Verwaltungswege Härten geschehen seien. Im übrigen beharrt er darauf, daß der Staat alle seine Beziehungen zur Kirche regle. Am liebsten hätte er aber gar keine hierarchische Kirche und auch keine kirchliche Gesetzgebung, hingegen vollständigste Gemeinde-Autonomie in kirchlichen Dingen. Er schloß mit der Erklärung, die Fortschrittspartei sei bereit, in der Commission zur Beseitigung der veratorischen Bestimmungen der Mai-Gesetze beizutragen. Der conservative Abgeordnete von Meyer sagte, den Culturkampf habe er schon im Jahre 1878 als einen überwundenen Standpunkt erklärt, doch sei die Wiederherstellung des Status quo unmöglich. Professor Gneist, der im Namen der National-Liberalen sprach, verwahrte den Liberalismus gegen den Vorwurf besonderer Kampflust gegenüber der katholischen Kirche. Der Kampf sei durch die Staatsnothwendigkeit bedingt gewesen. Die National-Liberalen würden in der Commission gern eine Milderung der Härten der Mai-Gesetze anstreben. Er hofft gleich dem Vorredner, daß das Centrum sich concilianter als bisher erweisen werde. Gegen die Vorlage als solche, besonders gegen den Paragraphen, welcher die Wiedereinsetzung abgesetzter Bischöfe gestatten will, ist Gneist ganz entschieden. Abg. Stroffer (zur Minorität der Conservativen gehörig) will das Gesetz nur auf ein Jahr bewilligen und verlangte eine Revision der Mai-Gesetze unter Verständigung mit der Curie. Für eine Revision der Mai-Gesetze sprach auch Richter von der Fortschrittspartei, und Windthorst zog Namens des Centrums die Consequenzen aus dieser allgemeinen Revisionsbereitschaft, indem er zugleich den Standpunkt der eigenen Partei wahrte.

Der französische Ministerrath beschäftigte sich am 7. d. M., wie aus Paris geschrieben wird, unter anderem mit den ägyptischen Angelegenheiten. Der „National“ glaubt zu wissen, daß das neue Cabinet beschlossen hat, sich bezüglich der Intervention, zu welcher das englische Cabinet drängt, der größten Zurückhaltung zu befleißigen. Die Abgeordneten Francis Charnes und Ribot von der gemäßigten Linken sowie der Bonapartist Delafosse hatten die Absicht, den Minister des Aeußern wegen der ägyptischen Angelegenheiten zu interpellieren Herr v. Freycinet machte ihnen aber bemerklich, daß der gegenwärtige Stand der Unterhandlungen ihm nicht gestatten würde, sich über die Frage mit der wünschenswerten Ungezwungenheit auszulassen, und bat sie daher, einen günstigeren Moment abzuwarten. Die genannten Abgeordneten trugen kein Bedenken, diesem Wunsche zu willfahren. — Die parlamentarische Stellung des neuen Cabinetes gilt nach dem Ausgange der am 6. d. M. von einigen Abgeordneten der äußersten Linken angeregten Revisionsdebatte als eine sehr befestigte. — In der vorgestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer brachte der Minister des Innern Herr Goblet zwei Gesetzesentwürfe ein: der erste erstattet den Gemeinderäthen der Departements-, Arrondissements- und Cantonshauptstädte das Recht, ihre Maires zu ernennen, zurück; der zweite hebt die Bestimmung auf, nach welcher in gewissen Fällen die höchstbesteuerten Gemeindemitglieder von rechtswegen im Gemeinderathe Sitz und Stimme haben.

Tagesneuigkeiten.

— (Karl Freiherr von Eder f.) Am 8ten d. M. morgens um 5 Uhr starb in Wien der k. und k. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister a. D. Karl Freiherr von Eder, Großkreuz des Franz-Josefs-Ordens, des dänischen Dannebrog- und des griechischen Erlöser-Ordens, Ritter der eisernen Krone zweiter Klasse, des österreichischen und belgischen Leopold-Ordens u. c., nach langem Leiden im 62. Lebensjahre.

— (Jagdergebnisse in Obersteier.) Der Bericht der Leobner Handelskammer über die wirtschaftlichen Verhältnisse Obersteiermarks enthält auch interessante Tabellen über die Jagdergebnisse in den Jahren 1879 und 1880. Im letzteren Jahre wurden erlegt: 1127 Stück Rothwild, 5402 Rehe, 1609 Gamsen, 2763 Hasen, 721 Stück Auerwild, 709 Stück Birkwild, 774 Stück Faselwild, 69 Schneehühner (davon

40 Stück im Bezirke Murau), 8 Steinhühner, 299 Feldhühner, 201 Wachteln, 125 Waldschnepfen, 19 Moosschnepfen, 416 Wildenten; ferner 1161 Fische, 505 Marber, 56 Zittise, 22 Fischottern, 62 Wildblauen (davon 45 im Bezirke Gröbmig), 78 Dachs, 39 Abler (davon 30 im Bezirke Judenburg), 35 Uhus, 1460 Habichte, Falken und Sperber und 215 Eulen. Das größte Jagdergebnis unter allen Bezirken des Oberlandes hat Brud zu verzeichnen; es wurden daselbst u. a. erlegt: 3069 Rehe, 548 Gamsen, 1168 Hasen, 283 Stück Auerwild, 199 Stück Birkwild, 330 Stück Faselwild, 215 Feldhühner, 201 Wildenten und 46 Dachs. Der Bezirk Leoben lieferte das meiste Rothwild (406 Stück), der Bezirk Judenburg die meisten Waldschnepfen (40 Stück), Murau die meisten Fischottern.

— (Berthold Auerbach f.) Aus Cannes ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, die Trauerbotschaft eingetroffen, daß am 8. d. M. daselbst der Schriftsteller Berthold Auerbach eines sanften Todes gestorben ist. Seit einiger Zeit leidend, hoffte er von einem Aufenthalte im Süden Frankreichs Genesung und reiste mit seiner Tochter nach Cannes. Leider fand er dort nicht die Herstellung seiner Gesundheit, sondern einen raschen Tod. In Berthold Auerbach ist einer der populärsten deutschen Literaten heimgegangen. Auerbach war im Jahre 1812 zu Nordstetten im württembergischen Schwarzwalde von jüdischen Eltern geboren; er studierte in Tübingen, München und Heidelberg Jurisprudenz und Philosophie. In der Mitte der vierziger Jahre übersiedelte er nach Norddeutschland, hielt sich im Herbst des Jahres 1848 auch eine Zeitlang in Wien auf; seit 1849 lebte er wieder in Dresden, seit 1860 in Berlin und Stuttgart. Berühmt wurde er durch seine „Schwarzwälder Dorfgeschichten“, denen „Barfüßler“, „Josef im Schnee“ u. c. folgten, dann durch seine Romane. Viele von Auerbachs Erzählungen wurden auch in fremde Sprachen übertragen.

Locales.

Národní dom in Laibach.

Wir haben bereits die Constituierung des Vereins Národní dom und das Resultat der betreffenden Vorstandswahlen gemeldet.

Die Bestrebungen der slovenischen Nation auf den Gebieten der Wissenschaft, der Kunst und des gesellschaftlichen Lebens erfüllen zunächst mit Freude alle Unbefangenen im Lande selbst, das seiner Bevölkerung nach zum überwiegenden Theile von Slovenen bewohnt ist, sie müssen aber auch von jedem Gebildeten, sei er Deutscher oder Slovener oder von was immer für einer Nation, sympathisch begrüßt werden, da sie von allgemeinem culturellen Interesse sind. Volle Sympathie bringt ihnen demnach auch das deutsche Volk entgegen, das Volk der Dichter und Denker, das in seine gewaltige Literatur die Geistes schöpferungen fast aller Nationen aufgenommen hat.

Ein Unternehmen also, das auf solchen Voraussetzungen beruht, dessen Zweck ein durchaus edler ist und das nicht allein der slovenischen Nation, sondern auch dem Lande Krain und insbesondere der Stadt Laibach zur Ehre gereichen soll, — ist das Unternehmen des neugegründeten Vereins Národní dom. Dieser Verein Národní dom, zu dessen Bildung eine Reihe hervorragender slovenischer Patrioten zusammengetreten — die Namen haben wir schon neulich genannt — hat zuvörderst den Zweck, dem nationalen gesellschaftlichen Leben, der Wissenschaft und Kunst eine schöne und entsprechende Heimstätte in Laibach zu errichten und zu erhalten.

Die Mittel hiezu sollen die Mitglieder selbst bieten, indem sie Antheile à 200 fl. in die Gesellschaftskasse einzahlen, die ihnen der Verein mit drei Procent verzinsen wird.

Die Amortisirung der Antheile soll nach einem von der Generalversammlung festzustellenden Plane erfolgen.

Nach Tilgung sämtlicher Antheile und allfälliger Passiva soll das gesammte Vermögen des Vereines in das Eigenthum der Matica slovenska übergehen, die die Hälfte der Einkünfte hievon für ihre Zwecke, die andere Hälfte zur Errichtung von Stipendien für Schriftsteller, Künstler und Studenten verwenden soll.

Das ist im kurzen der Inhalt der Statuten und damit ist auch der Zweck des Unternehmens in Kürze gekennzeichnet.

Da die Mängelheiten des Laibacher Citalnica-Vereines sich bereits den bisherigen Anforderungen gegenüber als unzulänglich erwiesen und den oben angeführten noch weiters auf das Gebiet der Kunst und Wissenschaft ausgedehnten Zwecken des Národní dom umsoweniger genügen könnten, und da nach dem längstgehegten Wunsche hervorragender slovenischer Patrioten das gesammte geistige Leben und Streben der slovenischen Nation örtlich in einem Punkte vereinigt sein soll, so soll nun durch die Herstellung eines Národní dom, eines Nationalhauses, den Künsten und Wissenschaften sowie dem geselligen Leben eine Wohnung im eigenen Hause bereitet werden, und zwar in der Landeshauptstadt Krains, die dadurch zugleich um eine nicht geringe Bierde reicher würde.

Sindernisse aller Art haben diese Idee bisher nicht verwirklichen lassen.

Nun ist aber der Anfang gemacht, und durch die Gründung des Vereins Národní dom eröffnet sich den thatkräftigen Männern, die die schwere Aufgabe der Realisierung dieser Idee übernommen haben, die erfreuliche Aussicht der baldigen Erreichung des vorgestelltes Zieltes. Die ersten Bedingungen des Erfolges jeder Thätigkeit, die Ueberzeugung der Nothwendigkeit und zugleich die feste Zuversicht auf ihre Durchführbarkeit, haben sie für sich, und so werden auch ganz sicherlich schon gleich ihre ersten Schritte vom schönsten Erfolge gekrönt sein, der Nation und dem Lande zur Ehre!

— (Requiem.) Gestern vormittags um 10 Uhr hielt Se. Gnaden der hochwürdigste Herr Fürstbischof von Laibach in der Domkirche zu St. Nikolaus für das Seelenheil Weiland Ihrer Majestät der Kaiserin Carolina Augusta, vierten Gemahlin Weiland Sr. Majestät des Kaisers Franz I., ein feierliches Requiem ab, welchem der Herr k. k. Landespräsident A. Winkler, Se. Excellenz der Herr Truppendivisionär FML. Ritter v. Stubenrauch, GM. v. Keler, die k. k. Behörden und Aemter, das k. k. Officierscorps und zahlreiche andere Andächtige beizuohnten.

— (Soirée dansante.) Der Herr k. k. Landespräsident Winkler und Gemahlin geben am Mittwoch, den 15. d. M., eine Soirée dansante, zu welcher folgenden die Einladungen ergehen.

— (Der Bau der neuen Infanteriekaserne) wurde in der gestrigen Gemeinderathssitzung in Anwesenheit von 23 Gemeinderäthen einstimmig beschlossen. Die namens der gemeinderäthlichen vereinigten Bau- und Finanzsection durch den Referenten GM. Ziegler gestellten Anträge lauten: 1.) Der Bau einer Kaserne für ein complettes Linien-Infanterieregiment mit Regimentsstab im Sinne des Erlasses des k. k. Ministeriums für Landesverteidigung vom 13. Jänner 1882 wird für die Stadt Laibach als nothwendig anerkannt und genehmigt. 2.) Zum Ankaufe der für den Kasernenbau sammt Exercierplatz nothwendigen Baugründe wird nomine des Stadtmagistrates der Herr Bürgermeister mit dem Ersuchen ermächtigt, dahin zu wirken, daß von dem Ankaufspreise der einzelnen Grundstücke womöglich für die Stadtgemeinde eine Preisermäßigung erzielt werde. 3.) Das commissionell aufgenommene Bauprogramm für den Bau einer Kaserne (für ein complettes Linien-Infanterieregiment) sammt Nebengebäuden wird genehmigt und ist dasselbe dem hohen k. k. Ministerium für Landesverteidigung zur Bestätigung vorzulegen. 4.) Der krainische Landesauschuß ist von dem Beschlusse in Kenntnis zu setzen und zu ersuchen, die Aeußerung abzugeben, ob derselbe auf Grund der geänderten Bauverhältnisse nicht geneigt wäre, weitere Concessionen bezüglich der Beitragsleistung für den besagten Kasernenbau zu machen. 5.) Der Stadtmagistrat wird mit dem Vollzuge der Beschlüsse beauftragt.

Zu den Anträgen ergreift GM. Dr. Suppan das Wort und beantragt, es solle im Punkte 2 einfach heißen: Der Stadtmagistrat möge die Kaufverträge bezüglich der für den Bauplatz nöthigen Gründe auf Grund der vorliegenden Verkaufsangebote abschließen und womöglich suchen, die Preise herabzumindern, weiters ad Punkt 4, da der Landesauschuß mit seiner Beitragsleistung der Stadtgemeinde gar keine Concessionen ertheile, sondern hiezu durch das Gesetz über die Militärbequartierung verpflichtet sei, möge es heißen: ob er nicht einen den geänderten Verhältnissen entsprechenden Antrag zu machen in der Lage wäre, und schließlich zu Punkt 5 wünscht Redner den durch Gemeinderathsbeschluss bereits bestimmten formellen Antrag als Zusatz, daß die Summe für den Ankauf des Bauplatzes und für den Bau aus dem Lotterie-Anlehensfonde entnommen werde.

Referent GM. Ziegler accommodiert sich sämtlichen Zusatzanträgen des Gemeinderathes Dr. Suppan, worauf dieselben mit den Sectionsanträgen einstimmig angenommen werden. Außer den für den Bauplatz bereits in Aussicht genommenen Gründen ist bei dem nun nothwendigen größeren Bauplatze nicht der Grundcomplex des Herrn Bartholomäus Cerne, sondern jener des Herrn Martin Gotschewar, Gutsbesizers in Gurkfeld, von der Bauprogrammcommission acceptiert worden und wird vom Stadtmagistrate angekauft werden. Die Kosten des Baues der Kaserne und der Ankauf des Bauplatzes werden die Summe von 407,653 fl. beanspruchen. Das Erträgnis der Kaserne wird jährlich 30,869 fl. betragen, was einer 5 $\frac{1}{10}$ proc. Verzinsung des Anlagekapitals gleichkommt.

— (Der Bau einer Cavalleriekaserne) wurde vom Gemeinderathe in seiner gestrigen Sitzung über Antrag des GM. Dr. Suppan conform einem bereits früher gefassten Beschlusse abgelehnt. Die Kosten des Baues der Cavalleriekaserne würden 530,000 fl. betragen, die zu erzielenden Einnahmen aber kaum einer 3 $\frac{1}{2}$ proc. Verzinsung des Anlagekapitals gleichkommen.

— (Maskerade des „Sokol“.) Die Einladungen für die am Faschingsdienstage stattfindende Maskerade des „Sokol“ werden bereits versendet, und

werden wir ersucht, mitzutheilen, daß der Ausschuss besondere Aufmerksamkeit darauf verwendet, nur ein gewähltes Publicum sich an der Maskerade theilnehmen zu lassen. Aus diesem Anlasse werden die Einladungen, sämtlich auf Namen lautend, versendet, und kann nur derjenige eine Eintrittskarte erhalten, welcher sich mit der Einladung, auf seinen Namen lautend, ausweist. Beim Eingange zum Saale wird das Comité die Masken kontrollieren, um im oben angedeuteten Sinne vorgehen zu können.

— (Debeli četrtek.) Der Gesangschor der Laibacher Čitalnica veranstaltet am 16. d. M. in den oberen Localitäten der Čitalnica einen Sängerabend (mit Gesangsvorträgen, komischen Pöcken, Musik, Tanz), der, dem Programme nach zu schließen, sehr heiter zu werden verspricht. Wir werden das reichhaltige Programm in der nächsten Nummer unseres Blattes folgen lassen.

— (Todesfall.) Am 9. d. M. halb 7 Uhr morgens starb hier Herr Franz Kronowetter, k. k. Oberthierarzt im 12. Artillerieregimente, im Alter von 49 Jahren. Der Verstorbene, ein sehr jovialer Mann, war sowohl in Officierskreisen als auch unter der Laibacher Bürgerschaft, in welcher er sich während seines langjährigen Aufenthaltes in Laibach zahlreiche Freunde erworben hatte, eine sehr beliebte und geachtete Persönlichkeit. Das Leichenbegängnis desselben fand vom Garnisonsspitalte gestern nachmittags 3 Uhr unter zahlreicher Theilnahme statt.

— (Landschaftliches Theater.) Den so gelungen und mit großem Beifall gegebenen Operetten „Boccaccio“, „Cagliostro“ und „Juanita“ verdient auch die gestern zur Darstellung gelangte parodierende Operette „Margarethl und Häusling“ von F. Hopp lobend beigezählt zu werden, welche einen sehr guten Erfolg erlebte und gewiss noch einige volle Häuser machen wird. Fr. Hedwig v. Wagner (Margarethl), zu deren Benefiz die reizende Operette in Scene gieng, ward durch Beifall und prächtige Blumenspenden ausgezeichnet — ein mächtiger Kranz mit schwerer, rother Schleife und eine Lyra mit weißen Bändern wurden ihr vom Orchester hinaufgereicht. Insbesondere übte ihr Couplet: „Ach, ich könnt' verborben wer'n“, eine zündende Wirkung, ebenso die „Gartenscene“, in welcher das superb aussehende „Gretchen“ in Spiel und Gesang gleich vorzüglich war; das Publicum belohnte aber auch diese ausgezeichnete Leistung seines Lieblinges mit aller Anerkennung. Herr Amenth gab den „Häusling“ zufriedenstellend und errang ebenfalls Beifall. Director Mondheim (Sieberl) erregte durch sein besonders humorvolles Spiel die größte Heiterkeit, und es gefiel von ihm vor allem das parodierte Lied auf die Melodie „Blümlein traut“ u. s. w. ganz außerordentlich. Herr Vinori war sehr verdienstlich als Christoph Meseles, ebenso Herr Wallhof als „Valentin“; eine prächtige Leistung bot Frau Wallhof als „Marthe“. Zu den besten Nummern der Operette zählte das Quartett „Margarethl, Häusling, Christoph Meseles und Marthe“ im zweiten Acte, das, sowie viele andere Partien des Originals, in geistreicher Weise parodiert erscheint. Unangenehm aber wurde gestern wieder im Publicum das höchst unanständige Benehmen eines unlängst aufgenommenen Choristen bemerkt, gegen dessen konstantes Hervordrängen, Lachen und Schwaßen mit seinen Nebenmännern im Chore die Direction endlich einmal energisch einzuschreiten verpflichtet wäre.

Neueste Post.

Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“

Wien, 10. Februar. (Officiell.) Das Generalcommando in Sarajevo berichtet vom 9. Februar: Das obere Narentathal ist noch fortwährend der Hauptsiß des Aufstandes. Die Insurgentenbänden Lunguš, Salsoporte, beiläufig 200 Mann, stehen bei Hangimje, Slavatičovo, Bjelemić, das Gros, bestehend aus 1200 Mann, bei Ulof. Die Bände des Kovačević mit dem Gros von 500 bis 600 Mann, bisher gegen Foča operierend, wurde fallweise durch Zugänge verstärkt. Eine zweite Insurgentenbande auf der Krbljina, mit 200 bis 300 Mann, erhält Zugang aus der Gegend von Foča. Es hat den Anschein, daß sich die Bänden nach dem mißlungenen Anschlag auf Foča wieder auf Krbljina concentrieren. — FML. Fovanović meldet die Besetzung von Ledenice durch das dritte Feldjägerbataillon (unter Kraetinger), unter Mitwirkung der Kriegsmarine. Verlust: 1 Todter, 5 Verwundete. — Aus Revesinje wird die leichte Verwundung eines Infanteristen des 71. Infanterieregiments bei einem Patrouillengefecht gegen Insurgenten nächst Jasena gemeldet.

Wien, 10. Februar. (Wiener Abendpost.) Indem die seit längerer Zeit in ausländischen Blättern cursierenden Gerüchte über Verluste, welche das Allerhöchste Privatvermögen und der k. k. Familiensonds bei der „Société de l'Union générale“ und Herrn Bontoux erlitten haben sollen, in immer bestimmteren Formen auch in hiesige Zeitungen übergehen, sehe ich mich zu der ausdrücklichen Erklärung genöthigt, daß alle diese Gerüchte der thatsächlichen Begründung vollständig entbehren, da die Verwaltung der Allerhöchsten

Fonds weder mit der „Union générale in Paris“, noch mit Herrn Bontoux jemals in irgend einer Verbindung gestanden ist.

Ebenso unrichtig ist die seinerzeit von einem Theile der französischen Presse verbreitete Behauptung, daß die österreichische Länderbank Gelder der Allerhöchsten Familie verwalte oder aufbewahre, indem alle mit der Verwaltung der Allerhöchsten Fonds verbundenen Geschäfte, nach wie vor, ausschließlich durch ein anderes Wiener Bankinstitut besorgt werden. Wien, den 10. Februar 1882. — Friedr. Freiherr v. Mayr, k. k. Hofrath und Director der Allerhöchsten Privat- und Familiensonds.

Wien, 10. Februar. Im Herrenhause wurden in dem Prager Universitäts-Gesetze die Anträge der Minorität mit 82 gegen 55 Stimmen angenommen, nachdem mit dem gleichen Stimmverhältnisse zuvor die Anträge der Majorität abgelehnt worden waren; auch die den Majoritätsanträgen angeschlossene Resolution wurde abgelehnt.

Im Abgeordnetenhaus legte der Herr Finanzminister einen Gesetzentwurf, betreffend die Gebührenbefreiung bei der Löschung kleinerer Sachposten, zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. Das Haus beendete die zweite Lesung des Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Petroleumzölle und die Einführung einer Verbrauchsabgabe für raffinierte Mineralöle, und vertagte die dritte Lesung dieses Gesetzentwurfes sowie die Berathung der vom Senatsausschusse beantragten Resolutionen auf die morgige Sitzung. Die Annahme der meritorischen Bestimmungen des auf der Tagesordnung gestandenen Gesetzentwurfes erfolgte mit einer Majorität von 14 Stimmen.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Februar	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag binnen 24 St. in Millimetern
10.	7 U. Mg.	748.47	- 2.6	SW.	schwach	heiter
	2 „ N.	745.93	+ 5.8	D.	schwach	heiter
	9 „ Ab.	745.16	- 1.5	D.	schwach	heiter

Wolkloser Tag, Abendroth, schwach bewegte Luft. Das Tagesmittel der Temperatur + 0.6°, um 1.0° über dem Normalen.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Wambach.

Julius und Clara Reischto geben hiemit allen Verwandten, Freunden und Bekannten Nachricht von dem sie betrübenden Hinscheiden ihrer innigst geliebten Tochter

Valentine,

welche heute morgens um 1 Uhr nach kurzem, schmerzvollen Leiden im 15. Lebensjahre gestorben ist.

Die Hülle der theuren Verbliebenen wird Sonntag, den 12. d. M., um 3 Uhr nachmittags im Sterbehause Rathhausplatz Nr. 8 eingesegnet und von da nach dem St. Christoph-Friedhofe überführt.

Ruhe ihrer Asche!

Laibach, den 10. Februar 1882.

Beerbigungsanstalt des Franz Döberlet, Laibach.

Eingefendet.

Wichtig für Magenleidende!

Herrn Julius Schaumann,

Apotheker in Stoderau.

Mit Vergnügen theile ich Ihnen mit, daß ich durch Anwendung Ihres Magensalzes von einer durch schlechte Verdauung bewirkten Aufgeblähenheit des Magens, verbunden mit Sodbrennen, schon nach Verbrauch von zwei Schachteln geheilt wurde und mich jetzt bei fortgesetzter Anwendung Ihres Magensalzes einer ungehörigen guten Verdauung erfreue, weshalb ich Ihr Magensalz allen an solchen Uebeln Leidenden aufs beste empfehlen kann.

Achtungsvoll

Carl Joseph in Wien, Kolowratring 2, 4. Stod. (Zu haben beim Erzeuger, landschaftlicher Apotheker in Stoderau, und in allen renommierten Apotheken Oesterreich-Ungarns. Preis einer Schachtel 75 kr. Versandt von mindestens zwei Schachteln gegen Nachnahme.) (5024)

„Der Kapitalist“

bringt in seiner letzten Nummer die Correspondenz der Redaction, ferner Artikel über die Couffise, die Mittelbanken, die österr. alpine Montangesellschaft u. c. Probenummern gratis. Anfragen finanziellen Inhaltes werden postwendend beantwortet. (583) 5—5 Die Redaction: Wien, Kohlmarkt Nr. 6.

Als sicheres und milde wirkendes Barmittel wird das Ofner Rákoczy-Bitterwasser, welches in allen Apotheken und Mineralwasser-Handlungen zu haben ist, bestens empfohlen. (163) 10—10

Das Möbel-Album,

ein unentbehrliches Nachschlagebuch für Möbelkäufer aller Stände, enthaltend 900 vortreffliche Illustrationen nebst Preiscurant, ist gegen Postanweisung von 2 fl. franco zu beziehen von

J. G. & L. Frankl, Tischler u. Tapezierer, Wien, Leopoldstadt, Obere Donaustrasse 91. Dasselbst reichste Auswahl von soliden, billigen, eleganten Möbeln. (9) 12—7

Amtliche Heilberichte

von Chefärzten kais. u. kön. Militär-Lazarethe in Wien und Oesterreich.

An den k. k. Hoflieferanten Herrn **Joh. Hoff**, königl. Commissionsrath, Besitzer des goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone, Ritter hoher Orden.

Erfinder

und alleiniger Fabrikant des Joh. Hoff'schen Malzextractes, Hoflieferant der meisten Fürsten Europas, in Wien, **Fabrik: Grabenhof, Bräunerstrasse Nr. 2, Comptoir und Fabrikeniederlage: Graben, Bräunerstrasse Nr. 8.**

K. k. Garnisonsspital Nr. 23 zu Agram. Das Johann Hoff'sche Malzextract-Gesundheitsbier und ebenso auch die Malz-Gesundheits-Chocolade erwiesen sich bei deren Verwendung im obigen Spital für Reconvalescenten, dann für solche Kranke, die an Katarrh- und Reizungszuständen der Athmungs- und Verdauungsorgane litten, als ausgezeichnete diätetische Stärkungsmittel; die Malz-Chocolade diente als heilsamster Ersatz für den einzustellenden Kaffeegenuss.

Spitals-Chefarzt Dr. Irschitz, **Dr. Kaiser,**
Ober-Stabsarzt. **Stabs- und Abtheilungs-Chefarzt.**

K. k. Garnisonsspital Nr. 2, 4. Abtheilung 297. Hof'sches Malzextract und Malzchocolade, welche im obigen Garnisonsspital zur Verwendung kamen, selbe erwiesen sich als gute Unterstützungsmittel für den Heilprocess, namentlich das Malzextract war bei den Kranken mit chronischem Brustleiden beliebt und begehrt; ebenso war die Malz-Gesundheits-Chocolade für Reconvalescenten und bei geschwächter Verdauungskraft nach schweren Krankheiten ein erquickendes und sehr beliebtes Heilmahrungsmittel.

Dr. Loeffl, Ober-Stabsarzt. **Dr. Porias, Stabsarzt.**

Erzielte Heilerfolge von Abzehrungsleiden, allgemeiner Körperschwäche, Verdauungsmangel, Appetitlosigkeit, Hals-, Husten-, Magen-, Brust- und Lungenleiden

durch die mit 58 hohen Auszeichnungen weltgekrönten

Johann Hoff'schen Malzfabrikate: das allein echte Johann Hoff'sche Malzextract-Gesundheitsbier, die Malz-Gesundheits-Chocolade und Brust-Malzbonbons.

Heilbericht

(im Auszuge).

Acht Jahre litt ich an Athembeschwerden, Husten und Blutwallungen im Kopfe Tag und Nacht, wegen Abnahme meiner Kräfte schloss ich mit dem Leben ab. Durch den ärztlichen Rath brauchte ich die Johann Hoff'schen Malzfabrikate, und mit Freuden bekenne ich, dass ich jetzt gesund bin und alle meine Bekannten, die mich jetzt sehen, meine Heilung als ein Wunder betrachten. Zum Nutzen ähnlich Leidender wünsche ich die Veröffentlichung.

Gyralas Janos, Oberlieutenant der Honved.

Warnung.

Alle Malzfabrikate tragen auf den Etiketten beigegebene Schutzmarke (Brustbild des Erfinders und

ersten Erzeugers Johann Hoff,

in einem stehenden Ovale, darunter der volle Namenszug „Johann Hoff“). Wo dieses Zeichen der Echtheit fehlt, weise man das Fabrikat als falsch zurück. — Die ersten, echten, schleimlösenden Johann Hoff'schen Brust-Malzbonbons sind in blauem Papier. Unter 2 fl. wird nichts versendet.

Depots in Laibach: G. Piccoli; bei den Kaufleuten: Peter Lassnig, H. L. Wenzel, Jos. Tordina, Schussnig & Weber; in **Triest:** J. Kupferschmid, Apotheker; in **Marburg:** Max Morice & Comp., F. P. Hollasek; in **Görz:** G. Christofolletti, Apotheker; in **Fiume:** N. Pavačić; in **Pettau:** J. Kasmir, V. Schellinschegg.

(334) 4-4